Regierungsratsbeschluss vom 10. Januar 2023

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich; Vernehmlassung **P221382**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.

Begründung
Mit dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich wird die Grundlage für den gegenseitigen Austausch der Daten von gesperrten Spielerinnen und Spieler geschaffen. Es soll damit verhindert werden, dass gesperrte Spielerinnen und Spieler des einen Landes im anderen weiterspielen können. Der Regierungsrat erachtet einen grenzüberschreitenden Austausch der Daten gesperrter Spielerinnen und Spieler als wichtig für einen effizienten Sozialschutz und begrüsst die Vorlage.

STAATS-KANZLEI BASEL-STADT